Morgen-Ausgabe
No. 267 — 61. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Mittwoch, 11. Juni 1913

Lokales

Das Automobilattentat im Grunewald.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden die Nachforschungen nach den Tätern, die in der Nacht zu gestern auf der Chaussee Wannsee—Charlottenburg ein Drahtseil spannten, durch die Kriminalbehörden ein gutes Stück weiter geführt. Unter dem Verdacht, das Attentat verübt zu haben, sind, wie wir erfahren, gestern nachmittag auf Charlottenburger Gebiet zwei Männer in Haft genommen worden, die sofort an die Unfallstelle im Grunewald gebracht wurden. Die Polizei stellte fest, daß diese beiden Männer in derselben Nacht einen Einbruch in dem Restaurant Alte Fischerhütte Schlachtensee ausgeführt haben. Während die Verhafteten den Einbruch bereits eingestanden haben, wollen sie mit dem Automobilverbrechen nichts zu tun haben. Man muß deshalb abwarten, was die weiteren Ermittelungen der Kriminalpolizei ergeben.

Die Unfallstelle in der Nähe des Forsthauses Wannsee wurde gestern nachmittag von einer Untersuchungskommission nochmals eingehend besichtigt. Von der Berliner Kriminalpolizei war Kriminalkommissar Peters erschienen, der den Tatort mehrmals photographieren ließ. Die Drahtenden, die noch um die beiden Bäume geschlungen waren, wurden beschlagnahmt. Wie der Chauffeur Prawitz bei seiner Vernehmung angab, hat er seinen Wagen, als er gegen das Seil fuhr, nicht angehalten, sondern ist aus Angst, nochmals überfallen zu werden, sofort weiter gefahren. Da die Hauptchaussee von der Abzweigung der Fischerhüttenchaussee bis zum Großen Stern gesperrt ist, so fuhr er in die Fischerhüttenchaussee hinein bis zur Bahnbude 3 der Wetzlarer Bahn, wo er sein Erlebnis dem dortigen Bahnbeamten mitteilte. Inzwischen kam ein Privatautomobil an der Bahnbude vorüber und Prawitz bat die in diesem Wagen sitzenden Herren, wieder mit zurück nach der Stelle zu fahren, wo das Seil ausgespannt war. Die drei Herren folgten auch der Bitte und fanden die Angaben des Chauffeurs bestätigt. Kriminalkommissar Peters vernahm gestern auch diese drei Zeugen, die dieselben Angaben über den Befund machten. Inzwischen hatten Gendarmen und andere Polizeibeamte den Grunewald in weitem Umkreis abgesucht. Auch Spürhunde wurden verwendet, doch konnten diese nichts finden, da die Fußspuren schon von den vielen anderen Personen, die an dem Tatort umhergegangen waren, verwischt waren. Es gingen mehr als zehn Spuren durcheinander. Auch Lagerstätten wurden in der Umgebung des Tatortes nicht gefunden.

Der Bebauungsplan für das Südgelände.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg war die Beschlußfassung über den neuen Bebauungsplan für das Südgelände der Stadt, das sich zwischen dem Körper der Wannseebahn, der Dresdener Bahn, der Ringbahn und der Gemeinde Südende hinzieht. Der erste Bebauungsplan hat auf Veranlassung des Zweckverbandes und der Ministerien eine Aenderung erfahren müssen, die im jetzt vorliegenden endgültigen Plan berücksichtigt ist. Stadtverordneter Architekt Lassen (lib. Fr.) belenchtete in längerer Rede die Vorzüge des neuen Bebauungsplanes. Das Bauland hat eine Größe von 116 Hektar, die Spielplätze nehmen einen Raum von 18½ Hektar ein, und die Parkanlagen sind auf eine Fläche von über 13½ Hektar berechnet. Das Straßenland hat eine Größe von 52½ Hektar. Ein besonderer Vorzug des Bebauungsplanes ist die entschiedene Trennung der geräuschvollen Verkehrs- von den ruhigen Wohnstraßen und die abgestufte Bauweise, bei der die höheren Häuser an den Hauptstraßen und die kleineren Häuser an den Wohnstraßen liegen. Große Vorteile bieten auch die Anlagen der Schulen, die so angelegt sind, daß die Schulhöfe direkt an die ausgedehnten Spielwiesen grenzen und mit dem Schulhofe so ein großes Ganze bilden. Hervorragend ist die Fürsorge für die Jugend zu nennen, die ausreichende Spielplätze erhalten hat. In künstlerischer Beziehung ist der organische Aufbau des ganzen Stadtteils und die richtige Verteilung der öffentlichen Gebäude im Stadtbilde besonders hervorzuheben. Es müsse hier möglich gemacht werden, den in Groß-Berlin ziemlich heimatlosen Künstlern und Kunstgewerblern eine Wohn- und Arbeitsstätte zu geben, indem man Atelierhäuser baut, aus denen kein Schutzmann die Künstler vertreiben könne. Neben diesen Atelierhäusern müßte eine große Ausstellungshalle errichtet werden, in der die Künstlerkolonie ihre Werke ausstellen kann. Nach dem eingehenden Referat des Stadtverordneten Lassen erklärte sich die Versammlung mit dem von den höheren Instanzen genehmigten Bebauungsplan einverstanden.

Einstellung des Verkaufs von russischem Fleisch. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth trat gestern abend die gemischte Deputation zusammen, um über die weitere Stellungnahme der Stadt Berlin in bezug auf die bisherigen Maßnahmen gegen die Fleischteuerung zu beraten. In den eingehenden Erörterungen über diese Frage wurde darauf hingewiesen, daß die Nachfrage des Publikums nach dem von der Stadt eingeführten russischen Fleisch infolge der überaus mäßig warmen Temperatur in der jüngstverflossenen Zeit erheblich nachgelassen habe. Dazu kam, daß die meisten Vororte die Abnahme des russischen Fleisches aus Mangel an genügendem Absatz aufgekündigt hatten. Auch in den Berliner Markthallen hatten sich der Verkauf des russischen Fleisches und die Zahl der Verkäufer stark vermindert. Aus diesen Gründen beschloß die Deputation nach längerer Beratung, den Bezug von russischem Fleisch aus Warschau einzustellen. Der Vertrieb dieses Fleisches soll nach demselben Beschluß am 18. dieses Monats aufhören. In der Beratung war angeregt worden, den Bezug russischen Fleisches nur vorläufig einzustellen. Dieser Antrag wurde jedoch ebenso abgelehnt wie der Vorschlag, bei der Regierung die Genehmigung der Einfuhr lebenden Schlachtviehs nachzusuchen. Damit endet die städtische Hilfsaktion zur Linderung der Fleischnot, mit der am 23. Oktober 1912 begonnen worden war und die, wie erinnerlich, in der ersten Zeit einen gewaltigen Andrang des Publikums, eine scharfe Gegenbewegung vieler Schlächter und infolgedessen besonders im Norden Berlins tumultuarische Szenen hervorgerufen hatte.

Der Festzug der Berliner Innungen. Das Programm des Jubiläumsfestzuges der Berliner Innungen ist jetzt endgültig festgestellt. Insgesamt nehmen daran 47 Innungen in 17 Gruppen mit 7856 Personen teil. Die stärkste Gruppe ist die der Bäcker, die auch den Zug eröffnen wird. Sie zählt 1200 Personen. Die nächststärkste Gruppe bilden die Schlosser mit 800 Teilnehmern. Die Tischler sind 650 Mann stark, die Schuhmacher stellen 400, die Schneider 300, die Damenmäntelschneider 750 Mann. Die übrigen Innungen umfassen 250, 200, 100 und weniger Personen. Eine Abwechselung werden die einzelnen Festwagen und die Kostüme der Innungen in den Zug bringen. Die Bäcker führen auf ihrem Festwagen eine Riesenbrezel. Die Fischer (60 Mann) werden Netze und Fanggeräte mit sich führen. Die Glaser (250) Mann) erscheinen im Arbeitsgewand: lange grüne Schürzen und weiße Jacken. Die gleichstarke Gruppe der Klempner wird von Rittern in Eisenrüstungen angeführt. Die Schornsteinfeger (70 Mann) tragen ebenfalls ihr Arbeitsgewand. Die Schmiede führen auf ihrem Festwagen einen vier Meter hohen Schlüssel mit. Der Wagen der Schuhmacher wird eine Schuhmacherstube, wie sie vor 600 Jahren war, zeigen. Die Tischler bringen auf drei großen vierspännigen Wagen die Entwickelung ihres Handwerks in den letzten 100 Jahren zur Schau. Den Schluß des Zuges bilden die Fuhrherren, Personenkohnfuhrwerker und Droschkenbesitzer. Sie kommen sämtlich zu Wagen, und diese Wagen werden die Entwickelung des Fuhrwerkes der letzten 100 Jahre zeigen. Die Festzugsteilnehmer versammeln sich nach den neuesten Bestimmungen auf dem Königsplatz, und in den umliegenden Straßen. Von dort wird der Zug durch die Siegesallee, die Charlottenburger Chaussee, das Brandenburger Tor über die Linden zum Schlosse ziehen.

Der Niederbarnimer Kreistag.

Gestern nachmittag wurde der Niederbarnimer Kreistag vom Landrat Geheimrat Dr. Busch in dem Kreishause in Berlin mit der Einführung der neugewählten Abgeordneten, zu denen die ersten beiden sozialdemokratischen Kreistagsmitglieder Milbrodt-Rosenthal und Mann-Weißensee gehörten, eröffnet. Die Kreistagswahlen für Wandlitz und Lüdes-Waidmannslust wurden für ungültig erklärt, weil die Gewählten noch nicht ein Jahr in den Gemeinden ansässig sind.

Zu einer ausgedehnten Erörterung kam es anläßlich eines Antrages des Kreisausschusses,

die Gehälter der Beamten der Kreisverwaltung zu erhöhen.

Der Vorschlag ging dahin, 22 000 Mark für die Wehrausgaben vom 1. Oktober ab zu bewilligen. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß die Niederbarnimer Kreisbeamten schlechter ständen als die des Kreises Teltow und der großen Berliner Vorortgemeinden. Auch nach der neuen vom Kreisausschuß vorgeschlagenen Gehaltsordnung würden die Sätze der anderen Behörden noch nicht erreicht; es sei deswegen angebracht, die Gehaltserhöhung wenigstens mit rückwirkender Kraft bis zum 1. April 1913 eintreten zu lassen. Der Landrat wies demgegenüber auf die dann entstehende Mehrausgabe von weiteren 22 000 Mark hin, die durch eine nachträgliche Erhöhung der Kreissteuern gedeckt werden müßten.

Bei der folgenden Abstimmung gab es ein wüstes Durcheinander; der Landrat ließ nicht über den weitergehenden Antrag, die Gehaltserhöhung schon zum April dieses Jahres eintreten zu lassen, abstimmen, sondern über die Vorlage des Kreisausschusses. Bei der ersten Abstimmung durch Handaufheben stellte er fest, daß 26 von den 58 anwesenden Abgeordneten für die Vorlage gestimmt hätten. Bevor aber der Kreisausschußantrag als abgelehnt bezeichnet wurde, verlangte man durch Zwischenrufe die Gegenprobe, die jedoch unterblieb, weil sie beanstandet wurde. Nun wurde in der Form abgestimmt, daß die Kreistagsabgeordneten der Reihe nach, ohne daß ihre Namen genannt wurden, mit ja oder nein antworteten. Diese Abstimmung ergab sogar nur 22 Stimmen für die Vorlage des Kreisausschusses. Der Abgeordnete v. Borsig-Tegel erhob aber auch gegen diese Abstimmung Einspruch, weil es dem einen Stimmenzähler nicht möglich gewesen sei, so schnell die „Ja" und „Nein" zu zählen, wie sie erfolgten. Jetzt wurde vom Landrat zur namentlichen Abstimmung geschritten und hierbei der von ihm vertretene Antrag, die Gehaltserhöhung erst am 1. Oktober eintreten zu lassen, mit 32 gegen 26 Stimmen angenommen.

Von besonderer Bedeutung war noch eine Vorlage, die die Schaffung eines großen

Zentralgaswerkes

für den Kreis Niederbarnim vorsieht. Landrat Dr. Busch wies darauf hin, daß gegenwärtig im Kreise die Privatunternehmungen auf dem Gebiete der Gasversorgung sich immer mehr ausdehnen, weil die Finanzkraft einer einzelnen Gemeinde zu schwach sei. Die neuen Errungenschaften der Technik ließen eine Fernversorgung mit Gas einwandfrei zu und so empfehle der Kreisausschuß die Gasanstalten in Birkenwerder und Sachsenhausen zu erwerben und dann später in Oranienburg eine große Zentrale zu bauen, von der ein erheblicher Teil des Kreises mit Gas versorgt werden könne. Der Kreistag beschloß zu diesem Zwecke die Begründung einer G. m. b. H. und zeichnete für diese 100 000 Mark. Den gleichen Betrag wird Oranienburg geben und weitere 100 000 Mark werden von einer Anzahl anderer interessierter Gemeinden aufgebracht.

Der Westhafen. Die Verkehrsdeputation nahm in ihrer gestrigen Sitzung Kenntnis von dem Projekt des bei Plötzensee zu erbauenden Westhafens. Stadtbaurat Krause erläuterte das Projekt auf Grund der ausliegenden Zeichnungen und Entwürfe. Die Gesamtausführung wird einen Kostenaufwand von mehr als 34½ Millionen Mark erfordern. Die Deputation erklärte sich mit Ausführung des Projektes einverstanden und empfahl dem Magistrat die Annahme des Projekts unter der Voraussetzung, daß der Eisenbahnminister die Anerkennung des Westhafens als Tarifstation ausspricht.

Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, am 16. d. M. den Schlachthof von 8 Uhr nachmittags ab nur noch zur Abholung von Fleisch geöffnet zu halten. Die Einstellung der Dampfabgabe für die Schlachtungen findet bereits um 2 Uhr statt.

Verkehrsstörung im Tiergarten. Durch den orkanartigen Sturm, der gestern in den Nachmittagsstunden in Berlin und Umgegend herrschte, wurde im Tiergarten eine fast einstündige Verkehrsstörung im Straßenbahnbetriebe herbeigeführt. In der Hofjägeralle, zwischen dem Großen Stern und der Tiergartenstraße, stürzte kurz nach 4½ Uhr ein Baum um und fiel auf die Oberleitung der Straßenbahn. Der Draht wurde durchschlagen und der Baum legte sich quer über die Schienen der Straßenbahn. Ein Straßenbahnmast wurde verbogen und zwei sogenannte Armausleger zerbrochen unter der Wucht des Falles. Die Straßenbahnwagen der Linien 2, 3 und 17 mußten fast eine Stunde lang durch die Fasanerieallee, den Kurfürstendamm und die Kurfürstenstraße über den Nollendorfplatz umgeleitet werden.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr. Wahl von zwei Stadtverordneten für die Deputation der städtischen Gaswerke, und zwar für den verstorbenen Stadtverordneten Bracke und für die neue Stelle. — Vorlagen über die Bewilligung eines Beitrages zur Straßenausschmückung anläßlich des Regierungsjubiläums des Kaisers, — und den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse für Januar/März 1913. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Ueberlassung von Turnhallen an die Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte". — Vorlagen über: den Bau zweier Gerätescheppen für die Parkverwaltung an dem städtischen Grundstück Bugenhagenstraße 6a, — den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindedoppelschule usw. in der Straße 4a (nahe der Behmstraße), — die Vorentwürfe zu den Neubauten eines Gymnasiums und einer Gemeindedoppelschule mit Abteilung für Nebenklassen und Räumen für eine Gasrevisionsinspektion an der Pfadar Straße, — die Schaffung der Stelle eines Hafendirektors, — und die Umgemeindung des Grundstücks Provinzstraße 1/3 und eines Teiles der Provinzstraße von Berlin-Reinickendorf nach Berlin und Abmachungen mit der Grundstücksgesellschaft Soldiner Straße m. b. H.

Selbstmord eines Ehepaares.

Gemeinsam in den Tod gegangen sind gestern, wie uns spät abends mitgeteilt wird, der 64 Jahre alte Zigarrengroßhändler Robert Kuntze und seine 46 Jahre alte Ehefrau Ernestine geborene Quitsch, die in der Kirchhachstraße 6 im ersten Stock des Vorderhauses wohnten.

Kuntze war schon seit längerer Zeit zuckerkrank, außerdem hatte er an der linken Wange eine Entzündung, die vor vierzehn Tagen in einer Privatklinik operiert worden war. Auch dieses Leiden wollte nicht heilen. Gestern sollte sich der Kranke einem neuen ärztlichen Eingriff unterziehen, sein Zustand erschien ihm aber so hoffnungslos, daß die Eheleute beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen, weil die Frau nicht allein zurückbleiben sollte und wollte. Nachdem sie einen Brief geschrieben hatten, in dem sie mitteilen, daß sie wegen der Krankheit des Mannes in den Tod gehen wollen, und den Wunsch aussprechen, daß ihre Leichen verbrannt werden, scheinen die Leute zunächst den Gashahn aufgedreht zu haben, denn in dem Briefe sprechen sie davon, daß sie sich mit Leuchtgas vergiften wollen. Um ihr Ende zu beschleunigen, griffen sie sodann zu Arsenik.

Gestern nachmittag 5 Uhr sah der Verwalter, der mit dem Ehepaar verkehrt hatte, und dessen Frau vorgestern noch bei ihnen in der Wohnung gewesen war, zu seinem Erstaunen, daß die Zeitung noch vor der Tür lag, der Frühstücksbeutel noch an der Klinke hing und der Briefkasten noch nicht geleert war. Er benachrichtigte die Polizei, die die Wohnung mit Gewalt öffnen ließ. Die Eheleute saßen tot in der Küche, der Mann auf einer Bank, die Frau auf einem Schemel, beide im Sonntagsanzug. Auf dem Tische stand ein Gefäß mit Wein, in das sie Arsenik geschüttet hatten. In der Wohnung roch es noch ziemlich stark nach Gas, der Hahn war aber wieder zugedreht. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Der „Chiromantiker".

In das Reich des krassesten Aberglaubens führte eine Verhandlung hinein, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse die zweite Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt wegen Erpressung und Freiheitsberaubung war der „Naturheilkundige" Heinrich Hermann aus Wilmersdorf.

Die Verhandlung zeigte wieder einmal, daß es immer noch Leute gibt, die an die blödeste „Wahrsagerei" glauben. Neben dem üblichen Mumpitz, Wahrsagen aus Kaffeegrund, Eidotter usw. wird seit einiger Zeit von geschäftstüchtigen Leuten die Chiromantie oder Handlesekunst betrieben, mit der früher auf den Jahrmärkten schmutzige Zigeunerweiber auf den Gimpelfang gingen. Zu den Leuten, die diesenigen, die „nicht alle" werden, in einer eigentlich von diesen verdienten Weise als Geldquelle benutzen, scheint auch der Angeklagte zu gehören, der in Wilmersdorf angeblich die Naturheilkunde ausübt und nebenbei „wahr"sagt.

Auf Grund eines ihnen auf der Straße in die Hand gedrückten Reklamezettels, auf dem auf die unfehlbar eintreffenden Prophezeiungen mittels der Chiromantie hingewiesen wurde, erschienen eines Tages die Wirtschafterin Anna Stemme und die Verkäuferin Frieda Schmidt in der Wohnung des Angeklagten, um sich aus der Hand wahrsagen zu lassen. Der „Chiromantiker" arbeitete ziemlich eine halbe Stunde an der Hand der Schmidt herum, bis dieser schließlich der Arm lahm wurde. Nachdem diese Prozedur erledigt war, verlangte der Angeklagte für die schriftliche Ausarbeitung der „Prophezeiung" drei Mark. Der Zeugin war dieser Blick in die Zukunft wohl etwas zu teuer. Nach langem Feilschen ermäßigte der Prophet seine Forderung auf eine Mark. Als die beiden neugierigen Damen auch diesen „Schleuderpreis" nicht zahlen wollten, schloß der Angeklagte kurzer Hand die Tür zu und erklärte, daß sie nicht eher herauskämen, bis das Geld bezahlt sei. Der Zeugin Schmidt blieb schließlich nichts übrig, als zu bezahlen.

Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Schwindt geltend, daß von einer Erpressung nicht die Rede sein könne, da der Angeklagte, der von seiner Kunst fest überzeugt war, zum mindesten des Glaubens sein konnte, für seine Zeitversäumnis eine Entschädigung verlangen zu können. Das Gericht erkannte bezüglich der Erpressung auch auf Freisprechung. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Nötigung und Freiheitsberaubung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Großfeuer in Lichtenberg. Auf der Brandstätte in der Landsberger Chaussee 23 zu Lichtenberg, wo, wie schon kurz berichtet, gestern nachmittag die Fabrikanlage der Schneidemühle und Holzbearbeitungsfabrik von Joh. Ahrendt in Flammen aufging, hatte die Feuerwehr mehrere Stunden lang zu tun. Das Fabrikgebäude, einige Holzstapel und Schuppen sind ein Raub der Flammen geworden. Der Brand entstand in einem einstöckigen Fachwerkgebäude in der Mitte der Fabrikanlage und dehnte sich rasch auf die angrenzenden Schuppen und Bretterstapel aus. Als die Lichtenberger Feuerwehr unter Führung des Oberbrandmeisters Groß eintraf, schlugen gewaltige Flammen zum Himmel empor. Die Brandstelle war im ersten Augenblick nicht zu übersehen, denn es brannte fast auf dem ganzen Fabrikgelände. Selbst die Holzzäune, die die Nachbargrundstücke abgrenzten, hatten schon Feuer gefangen. Für die Feuerwehr bestand die Hauptaufgabe darin, das Stallgebäude an der Straße zu schützen. Das Dach dieses Gebäudes begann schon zu brennen, doch gelang es den Löschmannschaften, das Feuer hier zu löschen. Die Lichtenberger Feuerwehr gab aus fünf Schlauchleitungen Wasser. Außerdem beteiligten sich an den Löscharbeiten die Freiwillige Feuerwehr aus Hohenschönhausen und der zwanzigste Automobillöschzug der Berliner Feuerwehr aus dem Depot in der Schönlanker Straße. Die Hitzeentwickelung war so stark, daß in den benachbarten Gärten die Blätter an den Bäumen verdorrten. Die Mauern des Fachwerkgebäudes, in dem der Brandherd lag, stürzten während des Brandes größtenteils ein. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Ueber die Ursache des Brandes waren bestimmte Feststellungen nicht mehr zu machen, da das Feuer bei Ankunft der Feuerwehr schon zu weit vorgeschritten war. Eine Brandwache blieb noch bis in die späten Abendstunden auf der Brandstelle zurück. Von dem Fabrikpersonal ist niemand zu Schaden gekommen. — Bei dem großen Dachstuhlbrand in der Wallnertheaterstraße 18 im Osten Berlins, über den ebenfalls schon berichtet wurde, kamen zwei Feuerwehrleute zu Schaden. Der Feuerwehrmann Gregorzik erlitt Schnittwunden an der rechten Hand und Brandverletzungen im Gesicht, und der Feuerwehrmann Gruber trug eine Fußverletzung durch einen Axthieb davon. Sie wurden nach Anlegung von Verbänden nach ihren Wohnungen entlassen. Das Feuer hat die Dach-